

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Richard Graupner

Abg. Holger Dremel

Abg. Ulrich Singer

Abg. Susanne Kurz

Abg. Alexandra Hiersemann

Abg. Christoph Skutella

Abg. Wolfgang Hauber

Staatssekretär Gerhard Eck

Abg. Gülseren Demirel

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)

Bericht zu den Ausschreitungen in Augsburg in der Nacht vom 19.06. auf den 20.06.2021 (Drs. 18/16681)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bericht zu den Ausschreitungen in der Augsburger Innenstadt in der Nacht des 19. auf den 20. Juni 2021 (Drs. 18/16784)

Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen, ihren Platz wieder einzunehmen. Das gilt auch für Herrn Prof. Bausback und Herrn Reiß sowie für die CSU-Kollegen. – Danke schön. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Graupner von der AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bayern ist das sicherste Bundesland in Deutschland. Unsere bayerischen Polizeibeamten sind hochmotiviert, bestausgebildet und -ausgerüstet – mit solchen und ähnlichen Aussagen präsentiert sich Innenminister Herrmann gerne in der Öffentlichkeit und wirft sich dabei in die Pose des umsichtigen und fürsorglichen Dienstherrn, dem diese Verdienste selbstverständlich höchstpersönlich zuzuschreiben seien. Aber dieses Bild von Bayern als sicherheitspolitischem Paradies bekommt mehr und mehr

hässliche Risse. Letzen Samstag kam es in der Augsburger Innenstadt zu schweren Ausschreitungen. Nachdem die Polizei versucht hatte – –

(Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Graupner, ich möchte Sie ein bisschen unterstützen und darum bitten, dass im Plenum etwas mehr Ruhe einkehrt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie Aussprachebedarf haben im Persönlichen, dann machen Sie das bitte vor der Türe. Ansonsten bitte ich jetzt, Herrn Abgeordneten Graupner das entsprechende Gehör zu verschaffen. – Bitte, Herr Graupner. Die Zeit wird selbstverständlich angerechnet.

Richard Graupner (AfD): Nachdem die Polizei versucht hatte, eine Schlägerei innerhalb eines immer aggressiver werdenden feiernden Mobs zu schlichten, wurden die Beamten massiv beleidigt und tätlich angegriffen, unter anderem mit Flaschenwürfen. Dabei wurde aus der Menge immer wieder der bei Linksextremisten verbreitete und beliebte Schmähspruch "All Cops are Bastards", aber auch "Türkiye, Türkiye!" skandiert. 15 verletzte Polizeibeamte waren zu beklagen. Was die Spatzen von den Dächern pfeifen, die lokale Augsburger Presse aber beharrlich ausblendet: Die aufgeheizte Meute war stark von Migranten geprägt. Diese Ereignisse sind aber nur trauriger und vorläufiger Höhepunkt einer höchst besorgniserregenden Entwicklung. Nur wenige Tage zuvor wurde der SPD-Bundestagsabgeordnete Florian Post am Münchner Odeonsplatz ebenfalls aus einer feiernden Menge heraus beleidigt und tätlich angegriffen. Auch hier handelte es sich bei den Tätern überwiegend um Männer mit Migrationshintergrund. Die vor Ort eingesetzten Polizeibeamten empfahlen daraufhin dem Angegriffenen, den Odeonsplatz aus Sicherheitsgründen zu verlassen. Begründung: Sie seien gegenüber den Randalierern einfach zu wenige. – Es ist ein Skandal allererster Güte, dass bayerische Polizisten im Herzen unserer bayerischen Hauptstadt einem gewalttätigen migrantischen Mob weichen müssen.

(Beifall bei der AfD)

Das ist das Eingeständnis der Ohnmacht der eingesetzten Beamten direkt vor der Haustür ihres obersten Dienstherrn. Man fragt sich: Wo sind wir eigentlich hingekommen? Wie konnte der Innenminister derartige Zustände überhaupt zulassen? Hängt das vielleicht damit zusammen, dass er versucht, der geradezu manischen Regenbogenbesessenheit seines Regierungschefs politikkorrekt hinterherzuhecheln? – Zu diesem Schluss kann man kommen, wenn man weiß, dass der Innenminister kürzlich stolz die finanzielle Unterstützung eines sogenannten interkulturellen Projektes "Polizei und Geflüchtete im Dialog" mit 93.000 Euro Steuergeldern durch den Freistaat Bayern bekannt gab, eines Projekts, das unsere Beamten kulturell sensibilisieren und somit angeblich zu gegenseitigem Vertrauen und Verständnis zwischen Polizisten und Asylanten führen soll. Ich sage hier klipp und klar: Personen, die in unserem Land vorgeblich Schutz und Zuflucht suchen oder sich gar dauerhaft hier aufhalten wollen, haben Respekt vor unseren Werten, unseren Gesetzen und unseren Ordnungshütern zu zeigen, und zwar als ureigenste Bringschuld.

(Beifall bei der AfD)

Unsere Bringschuld aber ist es, uns diesen Respekt zu verschaffen, und zwar durch klare Haltung und, wenn es sein muss, durch robustes Einschreiten gegen Straftäter, noch dazu, wenn diese aus gewaltaffinen Kulturkreisen stammen. Da muss man eben die Sprache sprechen, die diese Herrschaften am besten verstehen. Keinesfalls aber helfen Kuschelkurse mit Leuten, die meist schon bei ihrer Einreise mit einem illegalen Grenzübertritt erstmals straffällig geworden sind. Ich gebe dem Innenminister den guten Rat, sich bei seinen Entscheidungen nicht nur an der Meinung der ihm ergebenden Polizeiführer zu orientieren, sondern sein Ohr auch einmal bei den einfachen Beamten vor Ort zu haben. Ich kann ihm versichern, diese haben von dem ganzen Firlefanz und der Verständnishaberei gestrichen die Nase voll. Herr Innenminister, sorgen Sie endlich für die Sicherheit auf Bayerns Straßen, anstatt unsere Polizisten mit politikkorrektem Hokusfokus zu belästigen! Als ersten Schritt erwarten wir einen ausführli-

chen und vor allen Dingen ungeschminkten Bericht der Staatsregierung über die Augsburger Vorfälle. – Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Holger Dremel für die CSU-Fraktion.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im vorliegenden Dringlichkeitsantrag fordert die AfD-Fraktion die Staatsregierung auf, dem Innenausschuss mündlich und auch schriftlich über den Einsatz der bayerischen Polizei hinsichtlich der massiven Ausschreitungen in der Nacht vom 19. auf den 20. Juni in der Augsburger Innenstadt zu berichten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Graupner, ich werde mich nicht an einer Hetze beteiligen, sondern ich bin für Aufklärung. Die fordern wir, und das wird das bayerische Innenministerium auch tun. Hetze ist falsch, Aufklärung ist richtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern ist und bleibt ein sicheres Bundesland. Auch die Polizei wird Sicherheit und Ordnung verteidigen. Bereits zehn Tage vor diesen Ausschreitungen in Augsburg, haben wir am 9. Juni 2021 im Innenausschuss einen Antrag der CSU-Landtagsfraktion federführend beraten, und zwar zum Thema "Ansammlungen im öffentlichen Raum in München, insbesondere im Bereich des Englischen Gartens, der Isarauen und am Gärtnerplatz: Straftaten aufgrund gruppenspezifischer Prozesse und falscher Solidarisierung verhindern! Für präventives und konsequentes Vorgehen gegen erkannte Straftäter! Verhinderung von Übergriffen auf friedliche Bürgerinnen und Bürger und polizeiliche Einsatzkräfte! Gegen rechtsfreie Räume und für den Schutz unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten". Wir haben uns also frühzeitig mit diesem Problem auseinandergesetzt und stellen jetzt unsererseits den Antrag, den in der Nummer 4 dieses Dringlichkeitsantrags geforderten Bericht über die jüngsten Ausschreitungen und Angriffe gegen Polizeibeamten in München auch auf die Ausschreitungen

in der Augsburger Innenstadt in der Nacht vom 19. auf den 20. Juni zu erstrecken; denn selbstverständlich ist es unser Ziel als Koalition, solche Ausschreitungen überall in Bayern zu verhindern. Wir werden so etwas nicht tolerieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Für uns steht es vollkommen außer Frage, dass es keinerlei Entschuldigung für ein derart gewalttätiges Verhalten von so genannten Feiernden gibt. Selbstverständlich werden wir deshalb alles tun, um solche Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern. Ich begrüße daher sehr, dass unser Innenminister Joachim Herrmann angekündigt hat, zur Ermittlung der Verantwortlichen auf Videoaufnahmen zu setzen, zu denen wir ja hier immer wieder Kritik von einigen hören. Laut Augsburger Polizei war es eine Minderheit von jungen erwachsenen Männern, die als Gang in die Stadt gekommen sind. Diese Täter seien gekommen, um ganz gezielt Unruhe zu stiften; es sei darum gegangen, gegen Polizei und Ordnungsdienst Stimmung zu machen.

Das ist leider ein weiterer Beleg dafür, dass es immer mehr Gewalt gegen Polizeibeamte gibt. Seit Beginn dieser Aufzeichnungen im Jahr 2010 wurde hier ein neuer Höchststand erreicht. 2020 gab es 8.587 Gewaltvorfälle gegen Polizeibeamte. Das ist ein Plus von 7,9 %. Deshalb haben das Innen- und das Justizministerium bereits im vergangenen Jahr den Startschuss zur bayernweiten Umsetzung des Aktionsplans "Gewalt gegen Einsatzkräfte – Täter verfolgen, Helfer schützen" gegeben. Besonders schwerwiegende und öffentlichkeitswirksame Taten zulasten von Polizisten und anderen Einsatzkräften werden von besonderen Ansprechpartnern bei Polizei und Staatsanwaltschaften identifiziert und auch beschleunigt bearbeitet.

Außerdem hat der Freistaat Bayern in den vergangenen Jahren rund 120 Millionen Euro in die Ausstattung der bayerischen Polizeikräfte und damit auch in deren Schutz investiert. Neben der ballistischen Schutzausrüstung wurden für alle Einsatzkräfte neue Einsatzstöcke und neue Dienstpistolen beschafft. Zudem hat die bayerische Poli-

zei seit Ende letzten Jahres bayernweit mehr als 1.700 Bodycams im Einsatz, auch um Angriffe auf sich selbst aufzeichnen zu können. Dazu kommen die Distanz-Elektroimpulsgeräte, die sogenannten Taser, bei allen geschlossenen Einsatzeinheiten der Landespolizei und allen USK-Zügen in Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte bei dieser Gelegenheit allen, die oft sehr schnell damit sind, teils massiv Kritik an unserer Polizei zu üben, sagen: Lasst nie außer Acht, was unsere Polizisten und Polizistinnen Tag für Tag für die Sicherheit unserer Bürger und für uns alle leisten, auch unter Einsatz ihres Lebens!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir von der CSU-Landtagsfraktion nehmen die Ausschreitungen in München und in Augsburg sowie in anderen Städten sehr ernst und stellen gleichzeitig sicher, dass wir in Bayern das notwendige rechtliche und polizeiliche Instrumentarium haben, um sie künftig zu verhindern. Der vorliegende Dringlichkeitsantrag der AfD kommt deshalb zu spät und bezieht sich nur auf das, was wir im Innenausschuss bereits am 9. Juni auf den Weg gebracht haben. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab. Unserer Ergänzung zum Antrag vom 9. Juni bitten wir zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dremel. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Singer von der AfD-Fraktion.

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Dremel, Sie sprechen davon, dass Sie Vorfälle wie diese nicht tolerieren werden. Gleichzeitig sprechen Sie aber auch selbst von Ausschreitungen in Augsburg, München und anderen Städten. Soll dieser Flächenbrand erst einmal auf ganz Bayern übergreifen, bevor Sie überhaupt etwas tun? – Sie sprechen davon, dass Sie das in Zukunft verhindern wollen. Sehr geehrter Kollege, darüber sprechen wir von der AfD seit Jahren und werden dafür von Ihnen

von der CSU verunglimpft. Wir fordern seit Jahren ein klares und hartes Durchgreifen, insbesondere gegen die internationale Party- und Eventszene, wie es irgendwie auch beschönigend genannt wird.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege, was Sie aus Ihrem Medium berichtet bekommen, entspricht nicht den Tatsachen. Die Polizei in Bayern greift hart durch. Sie können deutschlandweit in andere Bundesländer fahren und werden feststellen: In Bayern wird Recht auch konsequent angewandt. Ich verschweige nicht, dass es Ausschreitungen gegeben hat. Aber wir reden in Augsburg von neun Tatverdächtigen und Straftaten, die zur Anzeige gebracht werden. Alle Taten sind aufgeklärt. Die Täter sind bekannt und werden letztendlich der strafrechtlichen Verfolgung zugeführt, so wie es für einen Rechtsstaat richtig ist. Wir werden solche Vorfälle wie in Augsburg oder auch in München nicht tolerieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dremel. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Susanne Kurz das Wort.

Susanne Kurz (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrtes Präsidium! Endlich Sommer: Inzidenzen unten, Temperaturen hoch. In unseren bayerischen Städten sind die Zentren in den Hitzenächten sehr voll. Nicht Hunderte, sondern Tausende treffen sich draußen zum Feiern: Festivals aus dem Nichts. In einigen Städten wie aktuell in Augsburg, vorher aber auch schon in München und Regensburg schlug das friedliche Gemeinschaftsgefühl der sich über alle senkenden Nacht durch einzelne, gezielt Randalierende – neun in Augsburg – in Gewalt um.

Daher warnt man ganz rechts nun pauschal vor zunehmender Aggressivität "junger Feiernder", fragt nach "Konsequenzen" und streckt natürlich reflexartig die Fühler nach Sündenböcken – Linken, Nicht-Deutschen – aus. Hetze statt Aufklärung ist leider genau die falsche Reaktion, meine Damen und Herren. Diesen Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, gewaltfreie Konfliktlösung gehört zur grünen DNA. Auf Verhärtung, Polarisierungen und Drohstrategien reagiert man nicht mit "Law and Order", sondern mit Deeskalation, noch besser mit präventivem Konfliktmanagement, das Szenarien der Eskalation vorausschauend vermeidet. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, dazu gehört aber auch, klamme Kommunen mit Mitteln zum Konfliktmanagement auszustatten und gerechtfertigte Bedürfnisse "junger Feiern-der" endlich anzuerkennen.

Wo liegen die Ursachen der jüngsten Ereignisse? Warum treffen sich Menschen aktuell insbesondere an Wochenenden nachts im Freien, hören gemeinsam Musik, erzählen, lachen, trinken, die Haut oft noch heiß vom langen Sommertag am Wasser? – Die "SZ" schrieb gestern von der langen Solidarität jüngerer Menschen mit der Risikogruppe und von Krümeln am "Kindertisch der Pandemie". Ja, es stimmt: Nicht mehr als Krümel bekommen die, die durch ihr laut "SZ" "besonnenes, vernünftiges und vor allem solidarisches Verhalten gegenüber den ‚Vulnerablen‘ seit Jahr und Tag" zur Pandemiekontrolle beitragen und die jetzt – wie mein Sohn – seit einem Jahr studieren und noch keinen einzigen Tag eine Uni von innen gesehen haben oder die – wie mein Ältester – eine Ausbildung machen und in die Ausbildungsstätte kommen dürfen oder müssen. Am Abend sollen sie aber wieder mit Abstand leben und – wie vom Ministerpräsidenten empfohlen – mit der Partnerin tanzen? Nach 15 Monaten geschlossener Nachtkultur braucht es pandemiegerechte Freiräume und Angebote, damit sich Druck gar nicht erst aufbaut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, all diese Menschen sind nachts in der Stadt nicht neu; sie waren schon immer da. Nur fanden sie vor Corona in Clubs, Diskotheken und auf Festivals Orte, an denen sie sein durften, Orte, an denen keiner ihre Kreise störte – und wo auch sie nicht störten. Die Nachtkultur ist seit Jahrzehnten Partnerin im Um-

setzen von Regeln: Jugendschutz, Nichtrauchergesetz, Emissionsschutz. Verlässlicher Partner der Behörden? – Die Clubs!

Sie bieten trotz dieser Kontrolle Raum für sinnstiftende Identitätsfindung und sind für viele zentraler Dreh- und Angelpunkt der persönlichen Biografie und des eigenen Lebensstils: Geschmack der Freiheit – Freiheit, die seit 15 Monaten verwehrt bleibt. Tanzen als Sport? – Erlaubt! In der Bar trinken? – Erlaubt! Geburtstag feiern? – Erlaubt! Auf Stühlen Musikveranstaltungen besuchen? – Erlaubt.

Natürlich müssen Rettungsdienste und Polizei ihren Job machen können! Natürlich kann es nicht sein, dass randalierende Menschen – übrigens egal, welchen Geschlechts und welcher Hautfarbe – andere attackieren und die sich friedlich Treffenden stören. Darum müssen wir den Druck aus dem Kessel nehmen.

Liebe Staatsregierung, warum erlauben Sie nicht – wie es schon Niedersachsen, Berlin und Österreich tun – unbestuhlte Kultur im Stehen für Menschen, die nach der Drei-G-Regel geimpft, getestet oder genesen sind und sich mit Maske und Abstand bewegen? Warum dürfen Städte keine kommunalen konsumfreien Räume für Nachtkultur schaffen? Warum reden Sie nicht endlich mit der Szene? Warum begreifen Sie Clubs beim Infektionsschutz nicht als Teil der Lösung statt als Problem?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu Augsburg, zu München und zu Regensburg: aufklären statt hetzen – da gehen wir mit. Wir stimmen dem CSU-Nachzieher zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Kurz. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Alexandra Hiersemann das Wort.

Alexandra Hiersemann (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Anträge anschaut, um die es hier geht, dann stellt man fest: Die Diskussion hat schon etwas bizarre Züge angenommen.

Am 19. Mai dieses Jahres haben CSU und FREIE WÄHLER einen Berichts Antrag zu den Ausschreitungen im Englischen Garten eingebracht. Auch dort war es zu Übergriffen auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte gekommen. Dieser Antrag wurde in den Innenausschuss überwiesen. Bei der Diskussion dort hat mein Kollege Stefan Schuster folgerichtig gefordert, den Antrag weiter zu fassen und auch über ähnlich gelagerte Vorkommnisse in anderen Städten zu berichten. Das wurde von der Staatsregierung zugesichert. Der Antrag wurde daraufhin einstimmig – übrigens auch von der AfD – angenommen. Sie von der CSU beantragen heute, indem Sie einen Nachzieher an den Antrag der AfD heften, exakt dasselbe, was in der Sitzung des Innenausschusses am 9. Juni besprochen und auch verlässlich zugesichert worden ist. Das kann man so machen, muss man aber nicht machen. Ich verstehe nicht, warum CSU und FREIE WÄHLER das tun. Das ist unnötig und lädt die Debatte auf.

Ich habe ein bisschen besser verstanden, warum Sie das machen, nachdem ich den Kollegen von der CSU gehört hatte. Sie wollten noch einmal darstellen, welch ein ungeheuer sicheres Land Bayern bis in seine kleinsten Verästelungen ist. Diese Gelegenheit haben Sie genutzt; gut, das mag fair sein.

Was den Antrag der AfD angeht: Allein der Redebeitrag von Herrn Graupner ist wieder derart bodenlos, dass es dazu eine Menge zu sagen gäbe. Diese Ehre will ich Ihnen aber nicht antun und weder meine noch die Lebenszeit der anderen demokratischen Kolleginnen und Kollegen dazu nutzen. – Ihr Antrag wimmelt wieder einmal von tendenziösen Unterstellungen. Sie wollen keinen Bericht. Ein Bericht interessiert Sie überhaupt nicht. Sie wissen ja vorher schon, was herauskommt. Berichte interessieren Sie nicht. Sie wollen nicht hören, wer wie daran beteiligt war.

Ich kann Ihnen, um dem nächsten Argument zuvorzukommen, versichern, dass von unserer Seite nichts unter den Tisch gekehrt werden soll. Wenn Migranten oder auch Deutsche beteiligt waren, dann bedarf das selbstverständlich einer Aufklärung. Dafür sind Berichte da. Ich und wir erwarten von der CSU diesen Bericht.

Wir werden dem Antrag der CSU, den ich zwar für verzichtbar halte, weil er das, was, wie gesagt, im Innenausschuss schon deutlich besprochen war, noch einmal deutlich macht, natürlich trotzdem zustimmen. Den Antrag der AfD werden wir selbstverständlich ablehnen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Hiersemann. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Christoph Skutella das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorfälle, bei denen Gewalt gegen andere und speziell gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die sich tagtäglich für unser aller Sicherheit einsetzen, ausgeübt wird, sind selbstverständlich nicht hinnehmbar. Wir verurteilen sie gemeinsam mit allen Fraktionen in diesem Haus aufs Äußerste.

Bei diesen Vorfällen am Samstag in Augsburg handelt es sich allerdings nicht um Einzelfälle. Die Kollegen haben das ja schon angesprochen. Es kam auch in München zu Ausschreitungen und zu Gewalt gegen Polizeibeamte. In den vergangenen Wochen kam es auch in anderen Städten Bayerns zu solchen Vorfällen.

Wir halten es deshalb nicht für zielführend, jeden Einzelfall mit einem Berichtsantrag im Landtag zu bedenken. Kollege Muthmann, unser innenpolitischer Sprecher, hat das in der von Frau Hiersemann zitierten Innenausschusssitzung auch angesprochen. Man müsse den Bericht auf andere Städte in Bayern ausweiten. Wir werden dem Nachzieher der CSU und der FREIEN WÄHLER deswegen zustimmen.

Die Oberbürgermeisterin von Augsburg, Frau Eva Weber, hat bereits angekündigt, entsprechende Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Wir sollten es hier tunlichst ver-

meiden, der Stadt Augsburg ihre Kompetenz abzusprechen und die Sache in den Landtag zu ziehen.

Die Intention des Antrags zeigt schlussendlich, dass die AfD Gruppen sucht: Ausländer und Linke sind für diese Ecke ein beliebtes Ziel. Wir werden das nicht unterstützen und den Antrag der AfD deswegen ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Skutella. – Nächster Redner ist Herr Kollege Wolfgang Hauber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir FREIE WÄHLER stellen uns vor unsere Polizei. Wir stärken ihr den Rücken. Wir stehen zu unserer Polizei, den Sicherheits- und Rettungsdiensten.

Das, was sich in der Nacht vom 19. auf den 20. Juni in der Augsburger Innenstadt ereignet hat, ist erschreckend und beunruhigend. Am 19. Juni fand das EM-Spiel Deutschland gegen Portugal statt. Obwohl es unmittelbar nach dem Sieg der deutschen Mannschaft in der Augsburger Innenstadt eher ruhig war und nur vereinzelt hupende Autos unterwegs waren, sammelten sich im Laufe des Abends immer mehr junge Menschen in der Maximilianstraße. Bis Mitternacht hatten sich im Bereich des Herkulesbrunnens bis zu 1.500 Menschen versammelt. Der To-go-Ausschank war um 22 Uhr eingestellt worden. Die Außengastronomie schloss um 24 Uhr. Die Stimmung wurde mit fortschreitender Stunde und Alkoholisierung immer aggressiver. Die polizeiliche Einsatzleitung führte daher – lageangepasst – Personal zu. Maßnahmen von Polizei und Rettungsdienst wurden aus größeren Gruppen heraus immer wieder gestört. Es kam zu Beleidigungen und etwa 200 Flaschenwürfen, davon etwa 30 bis 40 mit Glasflaschen, auf Einsatzfahrzeuge und -kräfte, zu Widerstandshandlungen und tätlichen Angriffen.

Als gegen 00:30 Uhr durch Polizeikräfte eine sich anbahnende Körperverletzung unterbunden werden konnte, leisteten zwei der Beteiligten erheblichen Widerstand und spuckten den Beamten ins Gesicht. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Fußtritt ins Gesicht verletzt, eine Beamtin wurde von einem Beteiligten auf sexueller Grundlage massiv beleidigt. Aus der Menschenmenge waren Solidarisierungseffekte zu beobachten. Ein Rettungsfahrzeug wurde gegen 00:45 Uhr auf dem Weg zu einer Einsatzstelle massiv mit Flaschen beworfen. Auch Unbeteiligte wurden durch Flaschenwürfe verletzt.

Die Einsatzleitung entschied sich aufgrund der aufgeheizten Stimmung, der Aggressivität und der Szenerie eines gemeinschaftlichen Landfriedensbruchs für die Räumung des gesamten Areals. Der Einsatz dauerte bis in die frühen Morgenstunden. Ich glaube, wenn man sich mit diesem Einsatz befasst, wird deutlich, dass wir den eingesetzten Kräften von Polizei und Rettungsdienst, aber auch dem Ordnungsdienst der Stadt Augsburg zu großem Dank verpflichtet sind. Sie sind es, die für uns den Kopf hinhalten, und das im wahrsten Sinne des Wortes. 15 Polizeibeamte wurden bei dem Einsatz verletzt. Ich wünsche ihnen eine baldige Genesung und alles Gute.

(Beifall)

Zu den Dringlichkeitsanträgen: Im Innenausschuss haben wir einstimmig einen Bericht zu ähnlichen Fällen im Englischen Garten in München, aber auch in Regensburg und Nürnberg beschlossen. Der nachgezogene Dringlichkeitsantrag sieht die Ergänzung dieses Berichts um den Vorfall in Augsburg vor. Ich bitte um Zustimmung zu diesem nachgezogenen Antrag, damit diese Vorfälle im Zusammenhang bewertet werden können.

Kollege Graupner, Ihren ketzerischen Vortrag teilen wir nicht; deshalb lehnen wir Ihren Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hauber. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Gerhard Eck das Wort.

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst will ich mich ganz herzlich bedanken. Es ist bereits zum Ausdruck gebracht worden, dass am 9. Juni der Antrag beschlossen worden ist, und mit diesem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag bitten wir darum, die Situation in München, in Augsburg und drumherum in den Bericht einzubeziehen. Vielen herzlichen Dank, und ich bitte vorweg schon um Zustimmung zu diesem Antrag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wurde zuletzt auch vom Kollegen Hauber deutlich gemacht, wie sich die Situation dargestellt hat. Ich kann Sie beruhigen; ich gehe nicht mehr auf die Details ein. Aber wir können das nicht einfach so vom Tisch wischen, dass insbesondere auch durch die Lockerungen der infektionsschutzrechtlichen Bestimmungen Ordnungswidrigkeiten, Sicherheitsstörungen und ähnliche Dinge – ich will das nur zusammenfassend sagen –, Ruhestörungen, Vermüllung, Vandalismus, Körperverletzungsdelikte und zunehmend Übergriffe auf Polizei und Rettungskräfte zu verzeichnen sind. Das können wir so nicht stehen lassen. Ein trauriges Beispiel sind die Ereignisse in Augsburg. 1.500 Menschen!

Ich will an dieser Stelle einmal danken, aber das Problem trotzdem ansprechen. Die Gastronomiebetreiber haben den Spielregeln Folge geleistet. Dennoch war alkoholbedingt eine enthemmte und vor allen Dingen auch aggressive Stimmung festzustellen. Da können wir nicht einfach sagen, das ist okay. Und vor allen Dingen können wir auch nicht alles nur auf Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund oder Ähnliches schieben, weil von neun, gegen die zurzeit polizeilich ermittelt wird – ich will den Kollegen Graupner an dieser Stelle ansprechen –, drei keine deutsche Staatsangehörigkeit hatten. Das können und wollen wir nicht tun. Das lassen wir an der Stelle so auch nicht stehen.

(Beifall)

Wir wollen einen Bericht, und dann werden wir letztendlich Ross und Reiter nennen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will an dieser Stelle auch eines zum Ausdruck bringen – da will ich insbesondere Sie, liebe Frau Kurz ansprechen –: Ich bin ja froh, dass Sie sagen, Sie stimmen dem Antrag zu. Aber da Sie sagen, dass unsere Polizei ein Stück weit auf Deeskalation und auf Prävention setzen sollte, bitte ich Sie hier öffentlich darum, sich doch einmal in eine Ausbildungseinheit zu begeben und sich anzuschauen, wie unsere Polizistinnen und Polizisten ausgebildet werden. Ich bin stolz auf unsere Kolleginnen und Kollegen. Mich ärgert es, wenn Sie hier sagen, die sollen auf Prävention setzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir tun das. Wären Sie gestern Abend um 18 Uhr am Wiener Platz gewesen, hätten Sie erleben können, wie einsatzfreudig, wie nett, wie hilfsbereit, wie präventiv unsere Polizistinnen und Polizisten diese vielen Menschen gemanagt haben; dann hätten Sie erkannt, dass wir auf Prävention und Deeskalation setzen. Ich bin stolz darauf und will diese Gelegenheit nutzen, mich ganz herzlich dafür zu bedanken, wie toll das hier bei uns in Bayern gemanagt wird.

Da meinen Sie, es hat uns vielleicht an der Ehre gekratzt – so ähnlich haben Sie das formuliert –, weil wir das sicherste Land sind. Ja! Über Jahre, folglich immer wieder ist Bayern das sicherste Land in der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das fällt nicht vom Himmel. Dazu braucht es einsatzfreudige, mit Emotion ihren Dienst leistende Polizistinnen und Polizisten, und es braucht vor allen Dingen auch das entsprechende Werkzeug dafür. Deshalb danke ich ganz herzlich auch dafür, dass das Innenministerium bei den Haushaltsberatungen immer wieder die Mittel erhält, um die bayerischen Polizistinnen und Polizisten mit den entsprechenden Schutzausrüstungen auszustatten. An unsere Polizei von hier nochmals ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Damen und Herren – jetzt muss ich Sie noch mal ansprechen –, es ist nicht übertrieben, und wir lassen das auch nicht einfach so im Raum stehen. Wir werden immer und in jeder Stadt eingreifen, egal wo sich solche Dinge entwickeln. Wir werden es nicht dulden, wenn heute Rettungskräfte, die in welcher Situation auch immer, Verletzte betreuen, von Mitmenschen, egal welcher Staatsangehörigkeit, angegriffen werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir dort angekommen sind, dass diejenigen, die uns schützen, Polizei oder Rettungsdienste, angegriffen werden, dann sind wir als Parlament aufgefordert, unsere Rettungsdienste und unsere Polizistinnen und Polizisten mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen. Das werden wir tun, liebe Freunde. Deshalb sollte man nicht einfach in den Raum plärren. Wir wollen in aller Deutlichkeit und Offenheit einen Bericht. Gemäß dem Ergebnis dieses Berichts werden wir entscheiden, ob Veränderungen und Verbesserungen herbeizuführen sind. Vielen herzlichen Dank für die Unterstützung unserer Polizei im Freistaat Bayern!

Ich bitte ganz herzlich um Zustimmung zum nachgezogenen Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER. Den Antrag der AfD bitte ich abzulehnen. Auf diesen Weg begeben wir uns nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor; die erste kommt von Frau Kollegin Alexandra Hiersemann, SPD.

Alexandra Hiersemann (SPD): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, ich habe jetzt nicht ganz verstanden, warum Sie sich derart echauffiert haben. Erstens möchte ich sagen: Sie haben gesagt, wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. – Ich gehe aber

davon aus, dass Sie für die Staatsregierung gesprochen haben, die diesen Bericht, um den es geht, erteilen soll.

Zweitens möchte ich darauf hinweisen – ich spreche jetzt für mich –, dass überhaupt keine Art des Angriffs, nicht ansatzweise, gegenüber der bayerischen Polizei geführt wurde. Ich dachte, wir stimmen tatsächlich über das ab, was in Ihrem heutigen Antrag steckt. Das ist ein sehr kleiner Antrag, der den ursprünglichen Berichtsantrag erweitert um die Vorgänge in Augsburg.

Ich weise von mir, man hätte in den Raum geplärrt. Ich würde Sie einfach bitten, zur Kenntnis zu nehmen, dass alle Fraktionen in diesem Hause gesagt haben, sie würden der Erweiterung des Berichtsantrags zustimmen. Wir sind sehr gespannt auf Ihren Bericht. Das könnte man auch austauschen, ohne sich allzu sehr zu echauffieren.

(Beifall bei der SPD)

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Liebe Frau Kollegin, wenn ich erwidern darf. Wenn ich gesagt habe, "unseren Antrag" – ich kann es an der Stelle nicht nachvollziehen, wenn Sie mir das vorhalten, dann wird es wohl so gewesen sein –, dann bitte ich das zu entschuldigen. Ich habe selbstverständlich für die Staatsregierung geredet und habe während meiner Rede einige Male den nachgezogenen Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER angesprochen. Im Übrigen nehme ich das natürlich sehr gerne zur Kenntnis.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Gülseren Demirel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Staatssekretär Eck, ich habe Ihrer Rede auch mit Verwunderung zugehört, und zwar aus verschiedenen Gründen. Zum Ersten wollen wir dem Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN zustimmen, weil natürlich auch wir Aufklärung wollen. Zum Zweiten war in keiner der Reden, schon gar nicht in der Rede der Kollegin Kurz, irgendeine Form von Kritik an der Polizei enthalten. Sie hat ver-

sucht, die Psychologie junger Menschen aufgrund der Pandemie, die seit einem Jahr herrscht, zu erläutern, und hat auch gesagt, dass es außerhalb der ordnungspolitischen Maßnahmen sinnvoll wäre, auch über Strategien nachzudenken, wie man im Vorfeld vielleicht manche Situation deeskalieren könnte. Sie hat nicht gesagt, dass die Polizei diese Aufgabe übernehmen soll. Im Gegenteil, –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit, Frau Demirel.

Gülseren Demirel (GRÜNE): – da, wo die Polizei nicht einschreiten muss, hat sie unsere Unterstützung. Wir wollen aufklären. Bei den FREIEN WÄHLERN hatte man den Eindruck gewonnen, dass sie schon über alles Bescheid wissen und auch so referiert haben. Das ist unser Problem.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Frau Demirel. – Herr Staatssekretär, bitte.

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Liebe Frau Kollegin, ich will es nicht in die Länge ziehen. Sie haben das so aufgefasst. Ich jedenfalls habe es so verstanden, dass Sie den Einsatz kritisch betrachtet haben und dass Sie den Polizeieinsatz deeskalierender aufgebaut hätten. Wenn Sie es anders gemeint haben, ist es gut, dass Sie das jetzt noch verbessert dargestellt haben. – In diesem Sinne herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/16681 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die restlichen Fraktionen. Enthaltungen? – Bei Enthaltung des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/16784 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen.

Ich gebe die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt.

Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sicher durch den Sommer: Schwimmunterricht flächendeckend nachholen", Drucksache 18/16680: Mit Ja haben 37 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 65 gestimmt. Stimmenthaltungen: 0. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nachgezogener Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Im Schuljahr 2020/2021 ausgefallenen Schwimmunterricht verbindlich nachholen – Nichtschwimmer-Bugwelle vermeiden", Drucksache 18/16781: Mit Ja haben 7 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 93 gestimmt, Stimmenthaltungen: 2. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Nachgezogener Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Nichtschwimmerstau auflösen!", Drucksache 18/16783: Mit Ja haben 36 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 64. Stimmenthaltungen: 1. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)